

Vor dem Hintergrund der Griechenland-Krise: Brauchen die Euroländer einen eigenen Währungsfonds?

Johannes Fritz



Johannes Fritz

Ausgelöst durch die drohende Zahlungsunfähigkeit Griechenlands wird seit Anfang 2010 vor allem in Deutschland und auf europäischer Ebene über einen Europäischen Währungsfonds (EWF) diskutiert. Aus Sicht der Befürworter könnte dieser in den Euroländern die Rolle des Internationalen Währungsfonds (IWF) übernehmen:

[D]er griechische Premier [hat] einen ziemlich hässlichen Joker in der Hinterhand: Kriegt er kein Geld von den Europäern, kann er immer noch zum Internationalen Währungsfonds (IWF) gehen. Dann würde über die Wirtschafts- und Fiskalpolitik eines Eurozonenlandes in Washington entschieden – auch von Amerikanern, Chinesen und Brasilianern.

Anschaulicher ließe sich das Versagen der Währungsunion kaum demonstrieren.

Das ganze Geschacher zeigt vor allem eines: Europa braucht klare, verbindliche Regeln, wie es mit Defizitsündern umgehen will. Und einen unabhängigen Schiedsrichter, der sie überwacht. Das ursprüngliche Korsett, der Stabilitäts- und Wachstumspakt, hat nicht gehalten. Die vollmundige Ankündigung, man wolle nun eine gemeinsame europäische Wirtschaftsregierung schaffen, löst wiederum bei den meisten Menschen nicht Erleichterung, sondern eher Angst aus. Niemand kann sagen, ob eine so weitreichende Integration überhaupt sinnvoll und vor allem realisierbar ist.

Vielleicht ist sie aber auch gar nicht erforderlich. Bundesminister Wolfgang Schäuble hat recht, wenn er – zwar noch etwas vage, aber doch unmissverständlich – einen Europäischen Währungsfonds nach dem Vorbild des IWF fordert. Eine solche Institution könnte weitaus besser als die EU-Kommission Defizitländer überwachen. Und wenn das nicht hilft, muss ein Ausschluss aus der Eurozone möglich sein.

Welt am Sonntag,
7. März 2010, S. 13

Notwendigkeit und Funktionen eines Europäischen Währungsfonds

Wie ein EWF funktionieren könnte, war bislang vergleichsweise selten Bestandteil der Diskussion. Für dessen Befürworter stand meist die Notwendigkeit, den IWF aus dem Euroraum zu verbannen, im Vordergrund. Obwohl auch die Befürworter des EWF in der Regel einsehen, dass dieser nur langfristig umgesetzt werden könne, haben sie offensichtlich die aktuelle Situation in Griechenland

CEPS Policy Brief,
8. Februar 2010,
[http://www.ceps.be/
book/towards-
european-monetary-
fund](http://www.ceps.be/book/towards-european-monetary-fund)

vor Augen. Dies gilt auch für das im Februar 2010 vorgestellte Konzept von Thomas Mayer, dem Chefvolkswirt der Deutschen Bank, und Daniel Gros, dem Vorsitzenden der Brüsseler Denkfabrik Centre for European Policy Studies. In der deutschen Presseberichterstattung werden die Ökonomen als Vordenker eines EWF genannt. Die Relevanz ihres Zeitschriftenartikels für die politische Diskussion ist dennoch unklar.

Mayer legte die Gründe für die Einrichtung eines EWF und dessen Funktionen in einem Interview dar:

Frankfurter
Rundschau,
24. Februar 2010,
S. 17

Herr Mayer, Sie haben unlängst in Brüssel einen Europäischen Währungsfonds (EWF) gefordert, um den Sorgen vor dem Staatsbankrott von Euroländern zu begegnen. Soll das eine Konkurrenzveranstaltung zum Internationalen Währungsfonds (IWF) werden?

Nein. Es ist aber eine Idee, die sich am IWF orientiert. Wenn sich morgen ein Mitgliedsland der Währungsunion kein Geld mehr an den Märkten besorgen könnte, müsste der IWF einspringen. Ich kann mir weder vorstellen, dass das den Euroländern recht wäre, noch, dass die amerikanischen und asiatischen Mitglieder des IWF scharf darauf sind, Probleme innerhalb Eurolands zu lösen.

Was ist denn das Problem Eurolands?

Wenn Länder der Währungsunion in Zahlungsschwierigkeiten kommen, können sie anders als andere Staaten mit souveränen Währungen kein Geld drucken. Die Europäische Zentralbank darf keine Staatspapiere direkt von den Regierungen ankaufen. [...]

Welche Funktion soll der EWF erfüllen?

Im Fall einer drohenden Zahlungsunfähigkeit soll er finanziellen Beistand gewähren, damit es nicht zum Staatsbankrott in der Währungsunion kommt. Allerdings darf der Beistand nur unter strikter Konditionalität erfolgen.

Was meinen Sie damit?

Die um Beistand bittenden Staaten müssen sich gegenüber den anderen Euroländern, die ja gemeinsam Teilhaber des EWF wären, zu Auflagen verpflichten, um ihre Haushaltsprobleme wieder in den Griff zu bekommen. Die Auflagen werden von den anderen Mitgliedsstaaten beurteilt und kontrolliert. Dafür braucht der EWF einen politisch unabhängigen Stab, der die Politik in allen Mitgliedsstaaten ständig überwacht. Also ganz ähnlich wie beim IWF.

Worin unterscheiden er sich?

Der EWF gibt ja nicht Zahlungsbilanzhilfe, sondern Finanzmittel, damit die Staaten ihre Schulden, aber auch ihre Lehrer und Polizisten bezahlen können. Dafür müssen die um Beistand bittenden Staaten die Politik-Vorschläge als bindend akzeptieren. Sie hätten nicht die Option wie beim IWF die Programme abzulehnen. Der dritte Unterschied wäre, dass sich der EWF als Plattform zur Koordinierung zwischen der Fiskal- und Geldpolitik in der Eurozone herausbilden könnte.

Das wäre dann eine permanente Aufgabe?

Ja. Der EWF sollte analog zum IWF von den Staaten mit Eigenkapital ausgestattet werden und ihm sollte die Autorität verliehen werden, unter gesamtschuldnerischer Haftung der Aktionäre Geld am Markt aufnehmen zu dürfen, zunächst um seine finanziellen Ressourcen zu vergrößern. Wenn man diese Institution hat, kann man noch einen Schritt weitergehen. Dann könnte der EWF regelmäßige Politiküberwachungen durchführen und die Wirtschaftspolitik jedes Landes testieren. Wenn das Testat positiv ausfällt, darf sich das Land über eine vom EWF begebene Gemeinschaftsanleihe refinanzieren.

Das hört sich doch sehr nach Wirtschaftsregierung an.

Hat damit aber nicht allzu viel gemein. Der EWF soll keine Steuerhoheit erhalten. Die einzelnen Staaten bleiben souveräner als mit einer Wirtschaftsregierung, aber die Koordinierung innerhalb der Währungsunion ginge weit über das bisherige Maß und den Stabilitätspakt als einziges Koordinierungsinstrument hinaus.

Apropos Maastricht. In dem Vertrag steht klipp und klar, es darf keinen Bail-out geben, also kein Einspringen für in Not geratenen Staaten. Widerspricht Ihr Vorschlag nicht diesem Verbot?

Ich bin kein Jurist. Doch der EWF wäre ja kein Bail-out, sondern ein Schritt weiter hin zu einer noch engeren Kooperation der Euroländer, was im Vertrag von Nizza ausdrücklich erlaubt ist. Deshalb bin ich zuversichtlich, dass es mit dem Maastricht-Vertrag keine Probleme geben dürfte.

Das Verbot eines Bail-out findet sich in Artikel 125 des Vertrags von Lissabon:

(1) Die Union haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, sonstiger Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentlicher Unternehmen von Mitgliedstaaten und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein; dies gilt unbeschadet der gegenseitigen finanziellen Garantien für die gemeinsame Durchführung eines bestimmten Vorhabens. Ein Mitgliedstaat haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, sonstiger Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentlicher Unternehmen eines anderen Mitgliedstaats und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein; dies gilt unbeschadet der gegenseitigen finanziellen Garantien für die gemeinsame Durchführung eines bestimmten Vorhabens.

Ob ein EWF eingesetzt werden könnte, ohne den Lissabon-Vertrag in diesem Punkt zu ändern, ist einer der Streitpunkte der Diskussion.

Befürworter und Gegner eines Europäischen Währungsfonds

In Deutschland griffen Finanzminister Schäuble und Wirtschaftsminister Brüderle die Idee eines EWF auf:

Dass sich Minister offene Briefe schreiben, kommt eher selten vor, man sieht sich schließlich oft genug im Kabinett. Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) aber hat nun zur Feder gegriffen, um seinen Kollegen Wolfgang Schäuble (CDU) in der Frage eines Europäischen Währungsfonds (EWF) zu schnellem Handeln zu drängen. „Wichtig ist jetzt, dass wir gemeinsam rasch die konkrete Ausgestaltung eines EWF diskutieren“, schrieb Brüderle dem Finanzminister.

Financial Times
Deutschland,
10. März 2010,
<http://tinyurl.com/2wb28ru>

Zwar liegt Schäuble zurzeit im Krankenhaus, doch von dort aus hatte er sich bereits telefonisch mit Brüderle zum Thema EWF verständigt. Brüderles Schreiben dürfte denn auch einen anderen Zweck verfolgen: Der Liberale wollte noch einmal deutlich machen, dass er das Thema EWF weiterhin für sich beansprucht.

Schon am Wochenende hatte Brüderle begrüßt, dass Schäuble „meinen Vorschlag, einen europäischen Währungsfonds einzurichten, aufgreift.“ Am Montag legte er nach: „Ich bin mir bei der Frage des EWF mit meinem Kollegen einig.“

Auch die SPD reklamierte die Idee eines EWF für sich. So der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel in einem Interview:

Die Regierung denkt über einen Europäischen Währungsfonds als Konsequenz aus der Griechenland-Krise nach. Ist die SPD damit einverstanden, Herr Gabriel?

Ich bin froh, dass nun wenigstens der deutsche Finanzminister diese Idee der Sozialdemokraten aufgegriffen hat. Der Vorsitzende der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, Martin Schulz, und der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Europas, Poul Nyrup Rasmussen, haben das schon vor Wochen vorgeschlagen. Wir wollen bei der Europäischen

Der Tagesspiegel,
8. März 2010, S. 2

Investitionsbank einen Hilfsfonds einrichten. Daraus könnten sich EU-Mitglieder mit Zahlungsschwierigkeiten zu normalen Zinsen mit Krediten versorgen. Auf diese Weise würden die Spekulationen der Hedgefonds auf den Bankrott einzelner EU-Staaten sowie den Niedergang des Euro ausgebremst.

Die deutsche Presse entschied die Frage der Urheberschaft zugunsten von Schäuble. Bundeskanzlerin Merkel erklärte wie andere Staats- und Regierungschefs ihre grundsätzliche Unterstützung:

Hamburger Abendblatt, 10. März 2010, S. 2 Juncker, Anführer der Eurogruppe, also des Klubs jener 16 EU-Länder, die einst die europäische Gemeinschaftswährung eingeführt haben, zeigte sich angetan vom Vorschlag aus Berlin. „Tausend Fragen werden noch zu klären sein, aber die Stoßrichtung von Schäuble findet unsere Zustimmung“, gab er zu Protokoll. Ähnliches war aus Paris zu hören. Auch Merkel selbst sagte, die Einrichtung eines solchen Europäischen Währungsfonds wäre ein „wichtiges Warnsignal an Spekulanten“. Würde er doch deutlich machen, dass Wetten gegen hoch verschuldete Länder wie Griechenland oder gegen den Euro zwecklos seien, wie die Kanzlerin nach ihrem Treffen mit dem luxemburgischen Ministerpräsidenten ergänzte. Der Europäische Währungsfonds könnte wie der IWF hoch verschuldeten Ländern mit Krediten und Sparauflagen aus der Krise helfen.

Doch nachdem es zunächst so aussah, als könne vielleicht sogar alles ganz schnell gehen, dämpfte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso gestern im Europaparlament in Straßburg die Erwartungen. Der Vorschlag Schäubles bedürfe noch einer vertieften Analyse, sagte er. Nach seiner Einschätzung müssten dafür womöglich die EU-Verträge geändert werden, was Jahre in Anspruch nehmen würde. Auch Merkel und Juncker sprachen aber von einem Langfrist-Projekt.

Widerstand gegen einen EWF kam aus der Deutschen Bundesbank, während in der Europäischen Zentralbank (EZB) unterschiedliche Meinungen vertreten wurden:

Der Tagesspiegel, 10. März 2010, S. 16 Bundesbank-Präsident Axel Weber lehnt Pläne für einen Europäischen Währungsfonds strikt ab. „Im Zentrum muss jetzt die Konsolidierung der Staatsfinanzen in Euroland stehen. Alles andere sind Nebenschauplätze“, sagte er am Dienstag bei der Vorlage der Bilanzzahlen. Die Debatte über einen eigenen Fonds, die unter anderem Finanzminister Wolfgang Schäuble angestoßen hat, führe in die völlig falsche Richtung.

„Ich nehme die Debatte mit Erstaunen zur Kenntnis“, sagte Weber. Sie widerspreche dem Verbot direkter Hilfen gemäß dem Maastricht-Vertrag. Demnach sind gegenseitige Hilfen in der Währungsunion zur Abwendung der Pleite eines Mitgliedsstaats verboten. Er selbst kenne die Vorschläge für einen Währungsfonds nicht im Detail und sei in die Diskussion nicht eingebunden, sagte Weber.

Generell sei es „nicht hilfreich, sich auf die Institutionalisierung von Nothilfen zu konzentrieren“. Eine neue Institution würde allenfalls Sinn machen, wenn sie sich um die Überwachung der Staatsfinanzen und Haushalte in Euroland kümmern würde.

Manager Magazin Online, 26. März 2010, <http://tinyurl.com/y8n9vjw> Da erklärte EZB-Chefvolkswirt Jürgen Stark vor einigen Wochen, was er seit langem immer wieder sagt: dass, falls ein Euro-Staat in Zahlungsschwierigkeiten komme, der Internationale Währungsfonds (IWF) zu Hilfe gerufen werde solle. Transferzahlungen, Krediten oder Garantien innerhalb der Euro-Zone erteilte er eine Absage.

Das ist klassische Deutsche-Bundesbank-Linie. Auch Otmar Issing, früher Chefvolkswirt der Bundesbank und später der EZB, sieht das so. In dieser Tradition hält der heutige Bundesbank-Chef Axel Weber, Topkandidat für den EZB-Präsidentenposten, ebenfalls nicht viel von der Idee eines Europäischen Währungsfonds (EWF), mit dem sich die Euro-Staaten künftig gegenseitig fiskalischen Beistand leisten sollen. [...]

Im Gegensatz dazu erklärt nun EZB-Direktoriumsmitglied Lorenzo Bini Smaghi [...], der IWF dürfe auf keinen Fall einem Euro-Staat helfen, auch nicht dem akut bedrohten Griechenland. Die Europäer müssten das unter sich ausmachen und ein systematisches Sicherheitsnetz knüpfen. Also einen EWF. Sein Landsmann Mario Draghi, Gouverneur der italienischen Natio-

nalbank und zweiter EZB-Topkandidat, wiederum äußert sich in dieser Frage viel zurückhaltender. Der Luxemburger Notenbanker Yves Mersch spricht sich rundherum gegen einen EWF aus.

Für weiteren Widerspruch sorgte Mitte März der Verdacht, die Bundesregierung wolle einen Teil der Goldreserven der Bundesbank an einen EWF verleihen:

Die Bundesregierung war auch gestern damit beschäftigt, das Feuer auszutreten. Der Regierungssprecher Ulrich Wilhelm sah sich zu einer Klarstellung veranlasst und wies Meldungen zurück, die Regierung wolle Goldreserven der Deutschen Bundesbank auf einen möglichen Europäischen Währungsfonds übertragen. Der Regierungssprecher wies diese Darstellung als Unsinn zurück. Solche Vorstellungen gebe es in der Regierung nicht, erklärte Wilhelm. Am Wochenende hatte die Bundesbank ihren Widerstand für den Fall angekündigt, dass die Regierung diese Möglichkeit erwägt. Anlass für die Irritationen liefern Pläne des Finanzministers Wolfgang Schäuble (CDU), der mit einer Reform in der Europäischen Währungsunion künftige Schuldenkrisen wie im Falle von Griechenland vermeiden will. Dazu brachte Schäuble einen Währungsfonds für Europa ins Gespräch.

Stuttgarter Zeitung,
16. März 2010,
S. 10

Auch das Finanzministerium wies gestern den Eindruck zurück, es gebe konkrete Pläne für den Einsatz der Goldreserven. Allerdings fällt auf, dass sich die Wortwahl des Finanzressorts deutlich von der Stellungnahme des Kanzleramtes unterscheidet. Schäubles Sprecher sagte, die Frage der Übertragung von Goldreserven stelle sich zurzeit nicht. Das Finanzministerium steht auf dem Standpunkt, dass zur Abwendung künftiger Schuldenkrisen im Euroraum alle Möglichkeiten untersucht werden sollen. Denkverbote will sich Minister Schäuble nicht auferlegen lassen.

Das Kanzleramt dagegen befürchtet, dass die Debatten über einen neuen Währungsfonds zur Verunsicherung beitragen. Der stellvertretende Regierungssprecher Christoph Steegmans ging spürbar auf Distanz. Es gebe gegenwärtig viele Überlegungen, wie Krisen im Euroraum vermieden werden könnten. Steegmans zufolge müsse zwischen offenen Diskussionen und entscheidungsreifen Konzepten unterschieden werden. Offenbar sieht das Kanzleramt den von Schäuble vorgeschlagenen Währungsfonds nur als eine von vielen Möglichkeiten. Es solle nach Steegmans Darstellung darum gehen, eine Frage nach der anderen anzugehen. Zunächst steht das Krisenmanagement für Griechenland im Vordergrund.

Im Gegensatz zu Bundeskanzlerin Merkel war Finanzminister Schäuble fest entschlossen, einen EWF rasch umzusetzen. Noch im März arbeitete sein Ministerium mehrere Vorschläge aus:

Ab jetzt soll Ruhe herrschen in der Berliner Krach-Koalition. Allerdings keine normale, sondern eher eine trügerische Ruhe: Aus Misstrauen gegenüber Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihren Mitarbeitern hat Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) seinen Beamten ein Sprechverbot gegenüber der Regierungszentrale verordnet. Damit will er nach Spiegel-Informationen verhindern, dass das Kanzleramt vorzeitig von seinen Überlegungen etwa zur Rettung Griechenlands erfährt. [...]

Spiegel Online,
20. März 2010,
<http://tinyurl.com/34d2wag>

Ungeachtet dessen treibt das Bundesfinanzministerium seine Überlegungen für einen Europäischen Währungsfonds (EWF) voran. Schäubles Fachleute taxieren nach Spiegel-Informationen den Kapitalbedarf für die neue Institution auf bis zu 200 Milliarden Euro.

In einer internen Vorlage nennen sie vier Möglichkeiten, wie das Geld aufgebracht werden kann. Zum einen könnten die Zentralbanken der Euro-Zone einen Teil ihrer Devisenreserven an den neuen Fonds abtreten. Die Goldreserven sollen dagegen verschont bleiben. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, dass der EWF ermächtigt würde, am Kapitalmarkt selbst Geld für seine Rettungsaktionen aufzunehmen. Die Mitgliedsländer würden damit einen riesigen Schattenhaushalt schaffen.

Die dritte Finanzierungsvariante sieht vor, dass die Teilnehmerländer das Geld in den neuen Fonds einschießen. Auf Deutschland entfielen ein Anteil von rund einem Viertel, also bis zu 50 Milliarden Euro. Als letzte Möglichkeit nennen die Schäuble-Beamten, dass nur solche Länder den Fonds finanzieren, deren Haushalte in Schieflage sind.

Kein Währungsfonds für Griechenland

Wenige Tage später wurde die Diskussion über einen EWF von der Lage in Griechenland eingeholt. Die Staats- und Regierungschefs der Euro-Gruppe willigten am 25. März ein, Griechenland im äußersten Notfall freiwillige bilaterale Kredite zu gewähren. Auch der IWF werde sich daran beteiligen. Ein EWF erschien nach dieser Einigung als ausgeschlossen und die gesamte Debatte als hinderlich:

Berliner Zeitung,
27. März 2010, S. 4

Zwei Monate lang haben sich eigentlich vernünftige Menschen wie der Bundesfinanzminister oder Vertreter der Europäischen Zentralbank in seltsame Szenarien verstiegen, einen Europäischen Währungsfonds erst vorgeschlagen und dann wieder verworfen, IWF-Hilfen erst kategorisch abgelehnt und am Ende doch befürwortet. Es war ein gigantisches Hin und Her. Der Ernst der Lage darf dafür als Erklärung nicht herhalten: Wann, bitteschön, sind Vernunft und abwägendes Verhalten wichtiger als in derart kritischen Situationen? Auch die Bundesregierung, die sich ihren Pragmatismus zugute hält, wirkte zeitweise wie ein Hühnerhaufen. Die Kanzlerin hat schließlich eingegriffen und den Notfallplan mit ausgehandelt. Dass sie die Debatte zuvor lange laufen ließ, wird kaum an ihr hängenbleiben. Wolfgang Schäuble dagegen, ihr einstiger Konkurrent in der CDU und bisher ihr stärkster Minister, hat Schaden genommen.

Am 11. April beschloss die Eurogruppe, Griechenland gemeinsam mit dem IWF noch im Jahr 2010 Kredite von bis zu 30 Milliarden Euro zu gewähren, wenn Griechenland weiterhin untragbar hohe Zinsen auf den Finanzmärkten zahlen müsse. Im Gegenzug müsse Griechenland die eigenen Staatsfinanzen sanieren und strukturelle Wirtschaftsreformen angehen. Weniger beachtet wurde, dass die Finanzminister die Pläne für einen EWF wieder aufgriffen. Nun schien Merkel Schaden zu nehmen, die einen EWF zuvor abgelehnt hatte:

Die Welt,
17.04.2010, S. 8

Was hatte Angela Merkel den Bundesbürgern in den vergangenen Wochen versprochen, als es um die Schuldenkrise Griechenlands ging? Zunächst sollten die Griechen kein deutsches Geld bekommen. Sollen sie sich ihre Hilfen notfalls doch beim Internationalen Währungsfonds (IWF) besorgen, so die Kanzlerin. Deshalb war Merkel auch so wenig begeistert von den Plänen ihres Finanzministers Wolfgang Schäuble, einen Europäischen Währungsfonds als Pendant zum IWF zu gründen. Deutschland werde in so einer Institution nicht der Zahlmeister einer Union hoch verschuldeter Staaten sein. „Madame No“ nannte man sie im Ausland wegen ihrer harten Linie.

Am Ende dieser Woche kann man in Europa feststellen, so hart, wie Frau Merkel tut, ist sie gar nicht. Ganz im Gegenteil, die eiserne Kanzlerin ist sogar ziemlich dahingeschmolzen. Die Griechen werden von Europa Geld bekommen, wenn ihnen private Investoren nichts mehr leihen wollen. Der Löwenanteil davon kommt aus Deutschland. Und viel schneller, als die einen gehofft und die anderen gefürchtet haben, sollen auch Schäubles Pläne eines Europäischen Währungsfonds Realität werden, wie Europas Finanzminister jetzt beschlossen. Man muss sich nichts vormachen: Ein Rettungsfonds für klamme Staaten ist der Einstieg in eine europäische Transferunion. Auch hier werden die Geldströme vom Norden in den Süden fließen. Da hilft es nichts, wenn Europas Politiker betonen, dass es Hilfe nur gegen harte Auflagen gibt.

Man kann die Entscheidungen gut finden, weil man hofft, dass sie die fragile europäische Wirtschaft stabilisieren. Man kann sie bemängeln, weil man ahnt, dass der Schlendrian unter den Haushaltssündern zunimmt. Für beide Positionen finden sich plausible Erklärungen. Kaum eine nachvollziehbare Begründung lässt sich allerdings für den Schlingerkurs der Kanzlerin finden. Zuerst hat sie mit ihrer harten Haltung in Europa jede Menge politisches Porzellan zerschlagen. Und jetzt, nachdem der Schaden da ist, gibt sie überall klein bei. Ein Nutzen für Deutschland lässt sich in diesem rasanten Kurswechsel nicht erkennen.

Tatsächlich war ein griechischer Staatsbankrott weiterhin nicht abgewendet. Bereits am 23. April beantragte Griechenland das Hilfspaket von EU und IWF. Am 2. Mai stimmten die Kreditgeber den griechischen Sanierungsplänen zu. Bis 2012 werden sie Griechenland Kredite in Höhe von bis zu 110 Milliarden Euro zur Verfügung stellen, von denen die EU 80 Milliarden Euro übernimmt.

Frankfurter
Rundschau,
2. Mai 2010, S. 1

Diskussion mit offenem Ende

Ungeachtet der Hilfen für Griechenland ist die Diskussion über einen EWF weiter im Gange. EU-Währungskommissar Olli Rehn will in Kürze einen diesbezüglichen Vorschlag vorlegen:

Der 12. Mai könnte die Zukunft des Euro prägen. Dann will Kommissar Olli Rehn im Detail darlegen, wie die Euro-Zone ab sofort besser mit Währungskrisen umgehen kann. Nur wenig ließ er bisher nach außen dringen, doch das war schon genug Zündstoff: Rehn will die Rolle der Kommission stärken und die der Mitgliedsstaaten schwächen. Der Finne fordert beispielsweise strenge Budgetkontrollen der nationalen Haushalte und eine engere Verzahnung in der Wirtschaftspolitik – abgesegnet in Brüssel. Angesichts der engen Verflechtung der Euro-Zone habe die nationale Perspektive bereits sehr an Bedeutung verloren. Damit sich die Volkswirtschaften nicht noch weiter auseinanderentwickeln, regt Rehn zudem an, auch die Rentenpolitik zu vereinheitlichen und sich innerhalb Europas etwa über die Dauer des Berufslebens zu verständigen. Auch unterstützt er Vorschläge von Finanzminister Schäuble, einen permanenten Europäischen Währungsfonds einzuführen, der wie der IWF Krisenländer gegen Sanierungsaufgaben stützen könnte.

Die Zeit,
29.04.2010, S. 25

Mittlerweile wird nicht mehr ausgeschlossen, dass auch Portugal, Spanien, Italien oder Irland bald gezwungen sein könnten, Hilfen der anderen Euroländer in Anspruch zu nehmen, die diese ihnen kaum verweigern würden. Aus der Summe dieser Rettungsaktionen ist so möglicherweise bereits ein EWF entstanden, bevor es diese Institution tatsächlich gibt.

Süddeutsche
Zeitung,
12.04.2010, S. 4